Stand: 09.11.2025 05:26:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/20449

"Netzneutralität umfassend sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/20449 vom 30.01.2018
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/21754 des WI vom 12.04.2018
- 3. Beschluss des Plenums 17/21950 vom 26.04.2018
- 4. Plenarprotokoll Nr. 131 vom 26.04.2018



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

30.01.2018 Drucksache 17/20449

Antrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Netzneutralität umfassend sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass
 - a) der Grundsatz der Netzneutralität in Europa und Deutschland nicht aufgeweicht wird,
 - b) bestehende Ausnahmen beseitigt werden, die dazu geeignet sind, die Netzneutralität in der Praxis zu untergraben und
 - sich der Bund und die EU im Rahmen des diplomatischen Austauschs mit der US-amerikanischen Seite für das Prinzip der Netzneutralität stark machen.
- sich im Rahmen bestehender bayerisch-US-amerikanischer Beziehungen gegenüber der US-amerikanischen Seite für das Prinzip der Netzneutralität stark zu machen.

Begründung:

Der Grundsatz der Netzneutralität hindert Netzanbieter daran, bestimmte Inhalte zu blockieren, zu verlangsamen oder gegen Bezahlung zu beschleunigen. Er gewährleistet ein Internet als freien Kommunikationsraum und sichert dabei dessen Vielfalt, weil es nicht durch eine abschließende Auswahl vorher festgelegter Angebote eingeschränkt wird. Kunden und Inhalteanbieter anstelle der Netzbetreiber können so die Übertragungsqualität selbst bestimmen. Mitte Dezember hatte nun die US-Regulierungsbehörde Federal Communications Commission (FCC) beschlossen, die Regeln zur Festschreibung der Netzneutralität abzuschaffen. Dieser Vorgang kann zusammen mit den nach wie vor in Europa, Deutschland und Bayern

bestehenden Defiziten bei der Sicherstellung der Netzneutralität folgenreich sein: Zwar betont die EU-Kommission das Festhalten am im Europarecht verankerten Grundsatz der Netzneutralität, doch dieser steht dennoch in zweierlei Hinsicht zur Disposition:

 Durch die weiterhin bestehenden Ausnahmen, die der europäische und deutsche Rechtsrahmen gewährt:

So ermöglicht die grundsätzlich zulässige Praxis des "Zero-Rating" den Netzbetreibern einzelne Dienste - wie etwa Audio- oder Videostreaming vom monatlichen Transfervolumen auszunehmen. Dabei geht es zwar nicht um eine geschwindigkeitsbasierte Diskriminierung. Aber in der Folge kommt es zu Wettbewerbsverzerrungen und Nachteile für kleine Anbieter – auch in Bayern: Während die großen etablierten Inhalteanbieter, häufig mit Sitz in den USA, diese Markteintrittshürden problemlos überwinden können, werden unter diesen Voraussetzungen insbesondere neue kleine heimische Unternehmen das Nachsehen haben. Es geht auch um solche, die eigentlich die Staatsregierung etwa mit Maßnahmen im Rahmen von BAYERN DIGITAL fördern möchte. Die Bundesnetzagentur verfügte erst im Dezember, dass das Produkt StreamOn der Telekom nachgebessert werden muss, weil es mit dem Grundsatz der Netzneutralität nicht vereinbar ist. Besonders problematisch ist dabei, dass der europäische Rechtsrahmen gerade keinen einheitlichen Umgang mit dem "Zero-Rating" schafft, sondern 28 verschiedene Auslegungen durch die Mitgliedstaaten ermöglicht.

Wie der Jahresbericht 2016/2017 der Bundesnetzagentur zur "Netzneutralität in Deutschland" offenlegt, gab es zudem verschiedene Verstöße hinsichtlich der Regeln zum Verkehrsmanagement. Eigentlich ist es ausgeschlossen, dass hier kommerzielle Interessen verfolgt werden und es als Ersatzmaßnahme für den Netzausbau herangezogen wird. Allerdings sind hier die Regeln so ausgestaltet, dass lediglich bevorstehende und keine tatsächlich eingetretene Überlastungen eine Drosselung bestimmter Verkehrsklassen ermöglicht. Dies schafft Räume der Beliebigkeit für Netzbetreiber. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass gerade neue, innovative Dienste noch gar nicht angemessen klassifiziert werden können, wodurch sie im Zweifel einer übermäßigen, nachteiligen Drosselung ausgesetzt wären.

Das sogenannte "Peering" wird vom europäischen Rechtsrahmen bisher ausgeklammert. Entsprechend bleiben die Praktiken der Datenübergabe zwischen Netzbetreibern und Inhalteanbietern intransparent. Damit sich Inhalte gleich welchen Absenders und Empfängers qualitativ gleichwertig durch das Netz bewegen können, genügt der Blick auf die Übertragungsqualität innerhalb des Netzes eines Providers nicht. Er muss sich auch auf die Übergabekapazitäten an dessen Knotenpunkten richten. An dieser Stelle ist die Netzneutralität in Gefahr, wenn, wie im Fall des in den USA bekanntgewordenen Übereinkommens zwischen Netflix und Comcast im Februar 2014, Netzanbieter Zahlungen für eine bestimmte Durchleitungsqualität verlangen. Große Inhalteanbieter können dies stemmen, während sich die Markteintrittshürden für kleinere Anbieter erhöhen. Ein Umbau des freien Internets zu einem Onlinedienst mit Einspeisegebühren gilt es zu verhindern.

2. US-amerikanische Regelungen können indirekte Auswirkungen auf bayerische Unternehmen und bayerische Verbraucher haben:

Ohne die Gewährleistung der Netzneutralität in den USA droht ein Ende der Angebotsvielfalt, für die bisher zahlreiche innovative Unternehmen

sorgen. Denn die zu erwartenden größer werdenden Markteintrittshürden werden wohl eher zu einer Marktkonzentration der großen, etablierten Unternehmen führen. Diese Entwicklungen haben auch Folgen für bayerische Unternehmen, die sich auch auf diesem Markt etablieren wollen. Auch sie werden vor diesen Markteintrittshürden stehen, wenn sie auf den US-amerikanischen Markt expandieren wollen. Für die bayerischen Verbraucher, die auf die Angebote US-amerikanischer Inhalteanbieter zurückgreifen, wird der Verlust der Angebotsvielfalt ebenso spürbar werden. Ferner können deutsche Netzbetreiber nunmehr argumentieren, dass sie gegenüber der US-amerikanischen Konkurrenz ausgebremst werden, weil fortan uneinheitliche Wettbewerbsbedingungen in Europa und den USA herrschen. Die oben aufgezeigten Defizite bei der Einhaltung des Grundsatzes der Netzneutralität drohen deshalb künftig Ansatzpunkt für eine weitergehende Aufweichung zu werden, insbesondere was das "Zero-Rating" anbetrifft.

Vor diesem Hintergrund muss die Staatsregierung auf Bundes- und Europaebene sowie im Rahmen der bayerisch-US-amerikanischen Beziehungen entsprechend handeln.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/21754 12.04.2018

Beschlussempfehlung und **Bericht**

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien. Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und **Technologie**

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Drs. 17/20449

Netzneutralität umfassend sicherstellen

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Johann Häusler Berichterstatter: Sandro Kirchner Mitberichterstatter:

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen und der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen haben den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 1. März 2018 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 73. Sitzung am 20. März 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 87. Sitzung am 12. April 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

26.04.2018 Drucksache 17/21950

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/20449, 17/21754

Netzneutralität umfassend sicherstellen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln

beraten werden (s. Anlage 2)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Listennummern 10 und 22. Es sind dies der Antrag der Abgeordneten Biedefeld, Woerlein, Ruth Müller (SPD) betreffend "Akti-

onsplan zur Gewährleistung des Tierschutzes in Bayern erstellen – unsere Tierheime

nicht länger im Stich lassen und die Behörden im Bereich Tierschutz stärken" auf

Drucksache 17/20700 und der Antrag der Abgeordneten von Brunn, Adelt, Scheuen-

stuhl und anderer (SPD) betreffend "Kein Wortbruch der Staatsregierung! Bayern

braucht einen dritten Nationalpark" auf Drucksache 17/20936, die auf Wunsch der

SPD-Fraktion einzeln beraten werden sollen. Diese Anträge werden voraussichtlich in

der Sitzung am 15. Mai aufgerufen.

Über die übrigen Nummern lasse ich nun abstimmen. Hinsichtlich der jeweiligen Ab-

stimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die

Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstim-

mungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden

ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD,

der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstim-

men? - Keine. Gibt es Stimmenthaltungen? - Auch keine. Ich frage die fraktionslosen

Abgeordneten. – Sie sind nicht da. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Klimaschutz und Energieeinsparung in Bayern: Effizienzgewinne bei Klima- und Lüftungsgeräten nutzen Drs. 17/19453, 17/21753 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal, Inge Aures u. a. SPD
Europäischer Anspruch auf Bildungsurlaub –
Recht auf Weiterbildung auch auf EU-Ebene verankern
Drs. 17/19528, 17/21822 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	

Anlage 2 zur 131. Vollsitzung am 26. April 2018

3.	Antrag der Abgeordner Ulrich Leiner u. a. und Kurzzeitpflege sicherst Kurzzeitpflegeplätzen: Drs. 17/20361, 17/217	Fraktion (BÜNDNIS 9 tellen II – Anreize für d schaffen!	0/DIE GRÜNEN)	n
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	ENTH	ENTH	Z
4.	Antrag der Abgeordner Dr. Paul Wengert, Klau Die Ausbildung bei der in Zeiten erhöhter Eins Drs. 17/20350, 17/217	us Adelt u. a. SPD r Bayerischen Polizei stellungszahlen (EEZ)	ul Gantzer,	
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir		port	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
5.	Antrag der Abgeordner Thorsten Glauber u. a. Netzneutralität umfass Drs. 17/20449, 17/217	. und Fraktion (FREIE end sicherstellen		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
6.	Antrag der Abgeordner Gisela Sengl u. a. und Evaluierung der Wasse Drs. 17/20535, 17/218	Fraktion (BÜNDNIS 9 erberatung in Bayern		
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z

zur 131. Vollsitzung am 26. April 2018

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vorbildfunktion wahrnehmen – Umwelterklärungen für alle Staatsministerien Drs. 17/20611, 17/21698 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Für eine verlässliche und faire Partnerschaft zwischen Freistaat und Kommunen: G9-Kostenfrage klären Drs. 17/20616, 17/21742 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Forschung zum Thema Trittsteinkonzepte intensivieren Drs. 17/20618, 17/21710 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Ruth Müller SPD Aktionsplan zur Gewährleistung des Tierschutzes in Bayern erstellen – unsere Tierheime nicht länger im Stich lassen und die Behörden im Bereich Tierschutz stärken

Drs. 17/20700, 17/21821 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

Anlage 2 zur 131. Vollsitzung am 26. April 2018

11.	Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD Technologieoffenes Förderprogramm schaffen Drs. 17/20703, 17/21809 (A)			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			ENTH
12.	Antrag der Abgeordne Andreas Lotte u. a. SF Gründerinnen fördern Drs. 17/20705, 17/218	PD	scha Kohnen,	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
13.	Antrag der Abgeordne Dr. Otto Hünnerkopf u Diversifizierung auf lar Drs. 17/20715, 17/218	. a. CSU ndwirtschaftlichen Betr	-	
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
14.	Antrag der Abgeordne Gudrun Brendel-Fisch Reduzierung des euro Drs. 17/20717, 17/217	er u. a. CSU päischen Patentschutz		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				ENTH

15.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD) Grenzpolizei Drs. 17/20793, 17/21731 (E)			
	Auf Antrag der CSU- Votum des mitberate Staatshaushalt und F	nden Ausschusses f		:
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
16.	Dringlichkeitsantrag de Christine Kamm u. a. u Türkische Militäroffens Optionen zur friedliche Drs. 17/20798, 17/217	und Fraktion (BÜNDNI sive in Syrien verurteile en Beilegung des Syrie	S 90/DIE GRÜNEN) en –	Hartmann,
	Votum des federführer Bundes- und Europaal		regionale Beziehunger	า
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
17.	Antrag der Abgeordne Ulrich Leiner u. a. und Bericht über die Folge am Flughafen Münche Drs. 17/20828, 17/217	Fraktion (BÜNDNIS 9 n und den weiteren Eir n	0/DIE GRÜNEN)	Suchgeräten
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
18.	Antrag der Abgeordne Ulrich Leiner u. a. und Bericht über Probleme Drs. 17/20829, 17/217	Fraktion (BÜNDNIS 9 beim Arztwechsel vor	0/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z

zur 131. Vollsitzung am 26. April 2018

19.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
	Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Keimgutachten für große Mastställe
	Drs. 17/20836, 17/21699 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u. a. und Fraktion (CSU)
 Bericht zum Konzept zur Errichtung einer Bayerischen Grenzpolizei Drs. 17/20840, 17/21729 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Α

21. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung: Zum Stand der Umsetzung Drs. 17/20901, 17/21743 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u. a. SPD Kein Wortbruch der Staatsregierung! Bayern braucht einen dritten Nationalpark Drs. 17/20936, 17/21701 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

23.	Kathi Petersen u. a. Si Leichenschau in Bayer				
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
24.	Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u. a. SPD Amtshaftungsklagen von Beamten des Bayerischen Landeskriminalamts Drs. 17/20994, 17/21717 (E)				
	Votum des federführer Verfassung, Recht und				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
25.	Antrag der Abgeordner Rosi Steinberger u. a. Bericht über Fortschritt aus dem Forschungsre Drs. 17/21008, 17/217	und Fraktion (BÜNDN te bei der Planung der eaktor München II (FR	IS 90/DIE GRÜNEN) Entsorgung des Atom	mülls	
	Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
26.	Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Volkmar Halbleib, Stefan Schuster u. a. SPD Unterstützung des Wohnungsbaus in Bayern außerhalb der Metropol- und Boomregionen Drs. 17/21017, 17/21745 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	Z	Z	Z	
	_	_	_]	

27.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zu den voraussichtlichen Kosten der Neugründung der Universität Nürnberg Drs. 17/21107, 17/21744 (A)					
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	A					
28.	Ruth Müller u. a. SPD Herausforderungen der medizinischen Versorgung in Bayern – Ergebnisse aus dem Gemeinsamen Landesgremium Drs. 17/21134, 17/21726 (E)					
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege)	_			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
				Z		
 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Horst u. a. und Fraktion (SPD) Nachtragshaushaltsplan 2018 Drs. 17/21149, 17/21746 (A) 						
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	A					
30.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kurzzeitpflege sicherstellen I – Online-Plattform einführen Drs. 17/20217, 17/21721 (E) [X]					
	Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) zukunftsfähig machen: Absenkung der Förderobergrenzen zurücknehmen! Drs. 17/20447, 17/21820 (E) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u. a. SPD Fördermöglichkeiten für Obstbrenner und Mostbetriebe über das Bayerische Sonderprogramm Landwirtschaft ermöglichen Drs. 17/20759, 17/21817 (A) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z